

Germany-Hanover: Architectural services for outdoor areas

OJ S 57/2022 22/03/2022

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landeshauptstadt Hannover - Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Postal address: Arndtstraße 1

Town: Hannover

NUTS code: DE929 Region Hannover

Postal code: 30167

Country: Germany

Contact person: Zentrale Submission der Landeshauptstadt Hannover

E-mail: submission@hannover-stadt.de

Telephone: +49 511-16842870

Fax: +49 511-16842087

Internet address(es):

Main address: www.hannover.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXQ6YRADC0L/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXQ6YRADC0L>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

LHH_Roofwalk Freianlagen- und Objektplanung_2022

Reference number: 67-0358-22

II.1.2. Main CPV code

71222000 Architectural services for outdoor areas

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Landeshauptstadt Hannover (nachfolgend "LHH", "Vergabestelle" oder "Auftraggeber") beabsichtigt, Leistungen der Leistungsbilder Freianlagen und Objektplanung zu vergeben und hat daher dieses Ausschreibungsverfahren eingeleitet.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 386 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71240000 Architectural, engineering and planning services, 71223000 Architectural services for building extensions

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE929 Region Hannover

Main site or place of performance: Hannover

II.2.4. Description of the procurement

Die LHH beabsichtigt angesichts der dringend notwendigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sowie zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt ein innovatives und umfangreiches Programm zur Dachbegrünung und Gestaltung neuer Aufenthaltsflächen innerhalb des Zentrums der LHH zu initiieren. Umgesetzt werden sollen extensive Dachbegrünungen mit primär ökologischen Funktionen, intensiv gestalteten Dachgärten mit vielfältigen Aufenthalts-, Spiel- und Sportangeboten sowie Fassadenbegrünungen (hängende Gärten). Die geplanten Begrünungsmaßnahmen dienen der Hitze- und Starkregenvorsorge, der Regenwasserversickerung und -verdunstung (Abkühlung), der Förderung des Artenschutzes und der Biodiversität sowie der Attraktivitätssteigerung der City durch Schaffung neuer Aufenthalts- und Freizeitangebote in der Innenstadt.

Ergänzende Informationen finden sich unter: www.hannover.de/city-roofwalks

Öffentlichkeitsarbeit ist nicht Gegenstand der Ausschreibung.

Inhalt der folgenden Ausschreibung sind die Planungsleistungen zur Umgestaltung des obersten Parkdecks des Parkhauses Schmiedestraße zu einem öffentlich zugänglichen Dachgarten mit intensiver, naturnaher Begrünung und hoher Aufenthaltsqualität, unterschiedlichen nutzungsoffenen Freiräumen sowie Angeboten für Sport und Spiel. Ziel ist es, mit der Projektrealisierung einen Anstoß (Pilotprojekt) für weitere Dach- und Flächenbegrünungen anderer Immobilien in der Innenstadt zu setzen.

Weitere Details sind in den Vergabeunterlagen beschrieben.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 386 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/08/2022 End: 01/09/2025

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 4 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Im Teilnahmewettbewerb werden jeweils losbezogen diejenigen geeigneten Bewerber /Bewerbergemeinschaften ausgewählt, die zur Angebotsabgabe und damit zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren aufgefordert werden. Die Auswahl erfolgt im Anschluss an die Eignungsprüfung. Die Anzahl der Bieter, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wird auf vier (4) Bieter beschränkt.

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt anhand folgender Kriterien und den nachfolgend benannten Gewichtungen:

a) Referenzen des Bewerbers ("Kompetenz und Erfahrung"), 60 %

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt anhand der Referenzen

des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft. Pro Bewerber/ Bietergemeinschaft können maximal sechs (6) Referenzen zur Wertung eingereicht werden.

Für die Auswahl entscheidend ist zu 60 % die nachgewiesene Kompetenz und Erfahrung anhand der eingereichten Referenzen über die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren, erbrachten Leistungen. Die Vergabestelle wird anhand der eingereichten Referenzen jeweils anhand jeder Referenz die Kompetenz und Erfahrung des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft durch Vergabe von Punkten 1-10 bewerten. Positiv berücksichtigt werden Erfahrungen und Kompetenzen anhand der nachgewiesenen Referenzprojekte mit einem hohen Grad der Vergleichbarkeit der Aufgabenstellung mit der ausgeschriebenen Leistung.

Im höchsten Grad vergleichbar sind abgeschlossene, d.h. realisierte und gebaute Referenzprojekte mindestens der letzten zehn (10) Jahre, idealerweise aus jüngerer Zeit, über die Umplanung von Dachflächen auf Parkhäusern zu Grünanlagen mit Aufenthaltsqualität über die Leistungsphasen 1 - 9, die jeweils besondere Anforderungen an die Brandschutzplanung, die Erreichbarkeit entsprechend dem Grundsatz "Design for all" oder die Lösung sonstiger technisch komplexer Aufgaben erforderten und der Objekt- und Tragwerkplanung gem. § 34 und § 50 HOAI bedurften und vollständig durch den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft erbracht wurden.

Jede Referenz wird nach den in der Bewerberinformation unter Ziffer 10. definierten Kriterien anhand des vorgenannten Grades der Vergleichbarkeit bewertet und die Punktzahlen addiert. Ein Bewerber kann somit maximal 60 Punkte erhalten.

b) Grad der Kundenzufriedenheit, 40 %

Bestandteil der Vergabeunterlagen ist das Formblatt 6 "Erklärung zur Kundenzufriedenheit", das von dem jeweiligen Auftraggeber auszufüllen ist. Gewertet wird jeweils nur der Grad der nachgewiesenen Zufriedenheit über vergleichbare Referenzprojekte

Die durch einen Auftraggeber abgegebene ausgefüllte Erklärung zur Kundenzufriedenheit wird wie folgt bewertet:

Ein Bewerber erhält für jeden sehr zufriedenen Referenzkunden über vergleichbare Referenzleistungen der Ziffer 1. und 2. pro ausgefülltem Formblatt 15 Punkte.

Ein Bewerber erhält für jeden sehr zufriedenen Referenzkunden über vergleichbare Referenzleistungen über einer der Ziffern 1. oder 2. pro ausgefülltem Formblatt 14 Punkte, sofern die Erklärung in allen Ziffern mindestens zufrieden lautet.

Ein Bewerber erhält für jeden zufriedenen Referenzkunden über vergleichbare Referenzleistungen der Ziffern 1. und 2. pro ausgefülltem Formblatt 12 Punkte.

Ein Bewerber erhält für jeden zufriedenen Referenzkunden über vergleichbare Referenzleistungen über einer der Ziffern 1. oder 2. pro ausgefülltem Formblatt 8 Punkte.
Ein Bewerber erhält für jeden teilweise zufriedenen Referenzkunden über vergleichbare Referenzleistungen der Ziffern 1. und 2. pro ausgefülltem Formblatt 5 Punkte.
Ein Bewerber erhält für jeden teilweise zufriedenen Referenzkunden über vergleichbare Referenzleistungen über einer der Ziffern 1. oder 2. pro ausgefülltem Formblatt 3 Punkte.
Der Bewerber mit der höchsten Punktzahl erhält 10 Wertungspunkte. Die übrigen Bewerber erhalten anteilig weniger Wertungspunkte.
Die erreichten Punkte werden mit dem o.g. Gewichtungsfaktor (40%) multipliziert.
Die vier (4) Bewerber mit den insgesamt höchsten Punktzahlen werden zur Angebotsabgabe ausgewählt. Sofern Punktegleichstand zwischen zwei Bewerbern besteht, entscheidet das Losverfahren.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Soweit der Bieter oder die Bietergemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen (z. B. eines Unterauftragnehmers oder eines konzernverbundenen Unternehmens) in Anspruch nimmt (sogenannte "Eignungsleihe"), muss mit Abgabe des Teilnahmeantrags nachgewiesen werden,

dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten dem Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck hat der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorzulegen, welches die Eignung leiht. Dieser Nachweis bzw. diese Erklärung ist als Anlage dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Die nachfolgenden Eignungsnachweise sind auch für Unternehmen vorzulegen, auf die sich ein Bewerber/eine Bewerbergemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer Eignung beruft.

Im Falle einer Teilnahme als Bewerbergemeinschaft sind die Eignungsnachweise zu Ziffer 1. von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Dokumente, Nachweise, Angaben und Erklärungen unter Fristsetzung nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber/der Bewerbergemeinschaft auf Nachforderung besteht nicht.

Vorstehende Regelungen sind auch für die Nachweise gemäß Ziffer III.1.2) und III. 1.3) der Auftragsbekanntmachung zu beachten.

Die Abgabe einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) wird akzeptiert. Die Vergabestelle behält sich dann die jederzeitige Abforderung der geforderten Nachweise vor.

- a) Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung "Landschaftsarchitekt/in" bzw. "Architekt/in", "Ingenieur/in" gem. § 44 VgV;
- b) Aktueller Handelsregisterauszug, nicht älter als 6 Monate zum Stichtag der Bewerbungsfrist oder soweit dieser nicht existiert, eine Gewerbeanmeldung. Sollte der Bewerber in einem EU-Mitgliedsland ansässig sein, sind die vergleichbaren Bescheinigungen des EU-Mitgliedslandes vorzulegen;
- c) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 f. GWB gemäß Angabe im Teilnahmeantrag.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- a) Eigenerklärung über die Gesamtumsätze der letzten drei (3) Geschäftsjahre und der Umsätze der letzten drei (3) Geschäftsjahre, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind (vgl. Muster "Teilnahmeantrag");

- b) Vorlage von Jahresabschlüssen oder Bilanzen des Unternehmens letzten drei (3) Geschäftsjahre, soweit vorhanden;

- c) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung für Personenschäden sowie für sonstige Schäden

je Schadensfall, welche bei einem in der EU zugelassenen Versicherer abgeschlossen ist. Die Mindestdeckungssumme für Personenschäden muss 5,0 Mio. EUR und für sonstige Schäden mindestens 3,0 Mio. EUR betragen. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Es genügt eine verbindliche Erklärung, dass eine entsprechende Versicherung für den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft im Auftragsfall abgeschlossen wird und ein in der EU zugelassenes Versicherungsunternehmen die Bereitschaft zum Abschluss des Versicherungsvertrages schriftlich bestätigt.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- a) Eigenerklärung zum Unternehmen, zum Personalbestand etc., zu Verbindungen zu anderen Unternehmen entsprechend dem Muster "Teilnahmeantrag" erstellt;

- b) Eigenerklärung über die Zahl der im Unternehmen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter unter Berücksichtigung der Anzahl der Führungskräfte, einzutragen im Muster "Teilnahmeantrag";

- c) Liste (Eigenerklärung) über abgeschlossene, d.h. realisierte gebaute Referenzprojekte der letzten zehn (10) Jahre mit vergleichbaren Leistungen. Vergleichbar sind Leistungen über
 - aa) die Neugestaltung von Grünflächen innerhalb einer komplexen Aufgabenstellung, in der die Leistungen der Freianlagenplanung prägend und eng mit Leistungen der Objektplanung verknüpft waren, wie beispielsweise eine Landes- oder Bundesgartenschau, die Neugestaltung eines Freizeitbereichs, Parkanlagen oder Konversionsflächen oder vergleichbare realisierte Planungsprojekte, in der die Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI mit Elementen verbunden war, die der Objekt- und Tragwerkplanung gem. § 34 und § 50 HOAI bedurften, bb) vergleichbar sind ferner Leistungen über die Umplanung von Dachflächen, Umnutzung von Parkhausflächen oder überbauten Gebäudeteilen (z.B. Tiefgaragen) zu Grünanlagen mit Aufenthaltsqualität und Anlagen, die besondere Anforderungen an die Brandschutzplanung, die Erreichbarkeit entsprechend dem Grundsatz "Design for all" stellten oder die Lösung sonstiger technisch komplexer Aufgaben erforderten und der Objekt- und Tragwerkplanung gem. § 34 und § 50 HOAI bedurften.

Für alle vergleichbaren Referenzprojekte gilt, dass nachfolgende Angaben mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind:

- Projektinhalt mit Angaben zu Zeitdauer, Auftragsvolumen und Einhaltung des Budgets, Charakteristik der technischen und planerischen Aufgabenstellungen, Projektziel,
- Der Anteil der jeweils innerhalb der Referenz erbrachten Leistungen des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft,
- Auftraggeber inkl. Ansprechpartner und Telefonnummer,
- Leistungszeitraum,
- Kurzbeschreibung der durchgeführten Leistungen, insbesondere mit Angaben der Leistungsbilder und Leistungsphasen.

Die Bewerber können zum Nachweis ihrer Eignung mehrere Referenzen einreichen, die jeweils zusammen die Anforderungen an die Vergleichbarkeit belegen. In dem Teilnahmeantrag ist darzustellen, welche Referenzen als zusammenhängend zu werten sind. Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die Mindestanforderungen sind wie folgt definiert:

Einzureichen sind:

aa) mindestens eine abgeschlossene, d.h. realisierte und gebaute Referenz mit einem Bauvolumen von mindestens zwei (2) Mio EUR netto aus den letzten zehn (10) Jahren über die Neugestaltung von Grünflächen innerhalb einer komplexen Aufgabenstellung, in der die Leistungen der Freianlagenplanung prägend waren und eng mit Leistungen der Objektplanung verknüpft waren, wie beispielsweise eine Landes- oder Bundesgartenschau, die Neugestaltung eines Freizeitbereichs, Parkanlagen oder Konversionsflächen oder vergleichbare realisierte Planungsprojekte, in der die Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI mit Elementen verbunden war, die der Objekt- und Tragwerkplanung gem. § 34 und § 50 HOAI bedurften und in der der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft die Leistungen der Freianlagenplanung und der Objektplanung verantwortet hat.

Die Erfüllung der Mindestanforderungen (Neugestaltung von Grünflächen innerhalb einer komplexen Aufgabenstellung in einem Referenzprojekt mit einem Bauvolumen von mindestens zwei (2) Mio EUR netto, in der die Leistungen der Freianlagenplanung prägend waren und eng mit Leistungen der Objektplanung verknüpft waren) sind innerhalb einer Referenz nachzuweisen, sowie

bb) mindestens eine abgeschlossene, d.h. realisierte und gebaute Referenz aus den letzten zehn (10) Jahren mit einem Bauvolumen von mindestens zwei (2) Mio EUR netto über die Umplanung von Dachflächen, Umnutzung von Parkhausflächen oder überbauten Gebäudeteilen (z.B. Tiefgaragen) zu Grünanlagen mit Aufenthaltsqualität, die jeweils besondere Anforderungen an die Brandschutzplanung, die Erreichbarkeit entsprechend dem Grundsatz "Design for all" stellten oder die Lösung sonstiger technisch komplexer Aufgaben erforderten und der Objekt- und Tragwerkplanung gem. § 34 und § 50 HOAI bedurften, die der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft verantwortet hat.

Die Erfüllung der Mindestanforderungen (Umplanung von Dachflächen, Umnutzung von Parkhausflächen

oder überbaubaren Gebäudeteilen (z.B. Tiefgaragen) zu Grünanlagen mit technisch komplexen Aufgaben

und Erforderlichkeit der Objekt- und Gebäudeplanung in einem Referenzprojekt mit einem Bauvolumen von mindestens zwei (2) Mio EUR netto, in der die Leistungen der Freianlagenplanung prägend waren und eng mit Leistungen der Objektplanung verknüpft waren) sind innerhalb einer Referenz nachzuweisen,

Die Erfüllung aller jeweils in aa) und bb) definierten Anforderungen sind jeweils innerhalb einer Referenz nachzuweisen, d.h. eine Referenz muss die Anforderungen gem. aa) erfüllen und eine Referenz muss die Anforderungen gem. bb) erfüllen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Bauvorlageberechtigung gem. NBauO

III.2.2. Contract performance conditions

Im Zeitraum der Vertragsausführung wird die Angabe der vorgesehenen Projektleitung mit Nachweis der beruflichen Qualifizierung und Angabe der Berufserfahrung sowie die Eigenerklärung gefordert, dass die im Gesamtprojekt eingesetzten Mitarbeiter Deutsch beherrschen.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 26/04/2022 Local time: 13:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

Electronic payment will be used

VI.3. Additional information

Bekanntmachungs-ID: CXQ6YRADC0L

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Postal address: Auf der Hude 2

Town: Lüneburg

Postal code: 21339

Country: Germany

Fax: +49 4131-152943

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Wettbewerbsteilnehmern steht der vergaberechtliche Rechtsschutz gemäß den §§ 160 ff.

GWB zur Verfügung. Ein Nachprüfungsverfahren ist nur auf Antrag zulässig. Antragsbefugt ist gemäß § 160 Abs. 2 GWB jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 2 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Satz 1 Nr. 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

§ 134 GWB lautet:

- (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.
- (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

(3) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen

über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Landeshauptstadt Hannover - Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Postal address: Arndtstraße 1

Town: Hannover

Postal code: 30167

Country: Germany

E-mail: submission@hannover-stadt.de

Telephone: +49 511-16842870

Fax: +49 511-16842087

Internet address: www.hannover.de

VI.5. Date of dispatch of this notice

17/03/2022